

PRESSEMITTEILUNG

Großes Engagement und Unterstützung für Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern

Landesregierung legt Bericht des Landes-
programms „Demokratie und Toleranz
gemeinsam stärken!“ vor

Die hohe Zahl von Flüchtlingen im Jahr 2015 hat ein großes zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Toleranz vor Ort in Mecklenburg-Vorpommern hervorgerufen. Die Beratungsstruktur im Land hat sich bei der Bewältigung der Herausforderungen als überaus hilfreich erwiesen. Das geht aus dem jüngsten Bericht des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ hervor, den das Kabinett heute verabschiedet hat.

„Der Bericht zeigt erneut, dass viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern in hohem Maße für die Demokratie und ein tolerantes Miteinander engagiert sind. Das ist ein ermutigender Befund“, betonte Bildungsministerin Birgit Hesse. „Die langjährige und kontinuierliche Unterstützung des Landes zur Stärkung der Demokratie und zur Aufklärung über den Rechtsextremismus tragen Früchte“, so Hesse.

Um den großen Informationsbedarf von Bürgerinnen und Bürgern zu decken, hatte die Landeszentrale für politische Bildung die kurze, kompakte und leicht verständliche Broschüre „Flüchtlinge in Mecklenburg Vorpommern: 20 Fragen – 20 Antworten“ herausgegeben. Die Broschüre fand einen enorm hohen Absatz (insgesamt 60.000 Exemplare) und ein positives Echo, vor allem bei Job-Centern, Arbeitsagenturen, Sozialverbänden, Schulen, Kommunalverwaltungen und den ehrenamtlichen Helfern.

BM

Schwerin, 8. November 2016

Nummer: 168-16



Ministerium für Bildung,
Wissenschaft und Kultur
Mecklenburg-Vorpommern
Werderstraße 124
D-19055 Schwerin
Telefon: 0385 588-7003
Telefax: 0385 588-7082
presse@bm.mv-regierung.de
www.bm.regierung-mv.de

V. i. S. d. P.: Henning Lipski

Die Regionalzentren für demokratische Kultur und andere Beratungsprojekte des Landes haben im vergangenen Jahr insbesondere im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen auf über 1.200 Beratungsanfragen reagiert und rund 170 Fortbildungen durchgeführt. Besonders ehrenamtliche Bürgerinitiativen und Kommunen nahmen diese Unterstützung bei der Organisation der Flüchtlingsbetreuung sowie in der Auseinandersetzung mit fremdenfeindlichen Aktionen in Anspruch.

Jochen Schmidt, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, sagte: „Mecklenburg-Vorpommern verfügt über eine bundesweit einmalige Struktur zur Unterstützung der Demokratieentwicklung. Die konkreten Beratungsangebote sind eine wichtige Hilfe für viele Kommunen, Bürgerinitiativen und Einzelpersonen.“

Das Landesprogramm hat das Ziel, die Demokratieentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen und Rechtsextremismus, Antisemitismus, Gewalt und Ausländerfeindlichkeit entgegenzuarbeiten. Im Rahmen des Landesprogramms wurden im Jahr 2015 Mittel in Höhe von fast 2,5 Mio. Euro eingesetzt. Die Federführung für das gesamte Landesprogramm liegt seit 2012 bei der Landeszentrale für politische Bildung. Die Ergebnisse werden jährlich in einem Bericht zusammengefasst.